

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

12.7.1928 (No. 161)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. Amen, b.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abont, der als Kassentabell gilt und verworfen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontroversverfahren fällt der Kostent fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigen werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die Antworten auf die Kellogg-Note

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte amerikanische Note v. 23. Juni d. J. über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Abmilderung des Krieges am Mittwoch nachmittag dem amerikanischen Botschafter überreicht worden. Die Note wird am Freitag veröffentlicht werden.

In französischen diplomatischen Kreisen wird es, wie Havas berichtet, für wahrscheinlich gehalten, daß die französische Regierung Ende dieser Woche auf die letzte Note Kelloggs über den Abschluß eines mehrseitigen Vertrages zur Abmilderung des Krieges antworten wird. Es wird weiter erklärt, daß die französische Note, deren Text noch nicht in allen Einzelheiten feststeht, deren wesentliche Ausführungen jedoch im Ministerrat gebilligt wurden, an den Gesichtspunkten festhalten wird, die bereits wiederholt von Frankreich zum Ausdruck gebracht worden sind, namentlich mit Bezug auf den Vorbehalt hinsichtlich der Völkerbundsatzung.

„Matin“ berichtet, daß die französische Antwort vermutlich bereits am Samstag dem französischen Botschafter in Washington zur Überreichung an den Staatssekretär Kellogg überreicht und Anfang kommender Woche veröffentlicht werden wird. Frankreich nimmt den Text Kelloggs an, der, so erklärt der „Matin“, nichts anderes sei, als der erste Text Briand's, als es sich noch um den Plan eines französisch-amerikanischen Antikriegspaktes handelte.

### Ein erster Zwischenfall in der Pfalz

Die französische Gendarmerie in Landau meldete den deutschen Behörden, daß in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch ungefähr nachts 11.15 Uhr an der Cronichonstraße ein französischer Wachposten angeschossen worden sei. Er wurde von einem Schuß, der unterhalb des Herzens einbrang, schwer verwundet und bewußtlos in das französische Krankenhaus eingeliefert. Ein weiterer Schuß ist an dem Leibriemenhaken abgeprallt. Die Schüsse wurden aus einem Revolver abgegeben. Der Soldat konnte noch angeben, daß der Schuß von einem Radfahrer, der in Begleitung eines anderen vorüberfuhr, abgegeben wurde. Einer der Radfahrer trug einen hellen Mantel, der andere einen dunklen Anzug.

Die deutschen Behörden haben sofort eine Untersuchung eingeleitet. Die Ermittlungen gestalten sich jedoch deshalb schwierig, weil der Verwundete bis zur Stunde noch bewußtlos ist. Direkte Lebensgefahr besteht nicht.

Die Patrouille, die seit Mittwoch mittag von zwei französischen Gendarmen auf der Mannheimer Rheinbrücke vorgekommen wird, steht offenbar mit dem Landauer Zwischenfall im Zusammenhang. Die Kontrolle erstreckt sich vor allem auf jüngere Leute — besonders Radfahrer —, die von Ludwigshafen nach Mannheim wollen.

### Die Amnestie

Im Reichstagsausschuß für Rechtspflege wurde, wie bereits kurz gemeldet, der Antrag der Regierungsparteien über die Amnestie unter Ablehnung aller Anträge mit allen gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei angenommen. Einstimmig angenommen wurde eine Entschlieung, bei den Vändern dahin zu wirken, daß Personen, die aus wirtschaftlicher Not und aus Anlaß des passiven Widerstandes strafällig geworden sind, bei der Ausübung des Gnadenrechtes in besonders wohlwollender Weise berücksichtigt werden. Die Entschlieung Ewerling, daß in den sogenannten Femefällen alsbald voller Straferlaß gewährt, zunächst aber die Gefängnisstrafe in Festung umgewandelt werde, wird abgelehnt.

### Die Luftspionage

Nach hartnäckigen Leugnungen hat, dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, Ludwig dem Vernehmungssichter nunmehr ein Geständnis abgelegt. Die Untersuchung in der Spionageaffäre bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt erstreckt sich jetzt insbesondere auf die Tätigkeit des Regierungsbauingenieurs Ludwig in der deutschen Flugzeugindustrie vor Antritt seines Postens bei der D. R. L. in Adlershof. Es ist der Verdacht aufgetaucht, daß Ludwig, der erst im vorigen Jahre sein Regierungsbauingenieuramt gemacht haben soll, von Anfang an im Auftrage seiner russischen Hintermänner gehandelt, planmäßig Stellung bei den wichtigsten Werken der deutschen Flugzeugindustrie gesucht hat und dann schleunigst wieder den Abschied nahm, wenn sein Vorhaben, sich in den Besitz gewisser Kenntnisse und Pläne zu setzen, erfolgreich durchgeführt war. Ludwig, der erst 27 Jahre alt ist, entstammt einer alt-eingefessenen Stuttgarter Beamtenfamilie und hatte sich seit früher Jugend mit Luftfragen beschäftigt. Eine seiner Reisen führte ihn vor einigen Jahren nach Moskau, wo er im Dienste der deutschen Luftfahrtindustrie eine Zeit lang tätig war. Offenbar haben die Verbindungen Ludwigs zu den Sowjetbehörden ihren Ursprung in diesem Moskauer Aufenthalt.

Die Vorlage über den Nationalfeiertag. Dem Rechtsausschuß des Reichstages ist die Vorlage über den Nationalfeiertag zu bringen. Aber sie wird jedoch erst im Herbst Beschluß gefaßt werden.

Eine Entschlieung der Tiroler Nationalräte. Die Tiroler Nationalräte übermittelten dem Bundeskanzler Dr. Seipel die Entschlieung der 298 nordtiroler Gemeinden, in der ein Schritt der Bundesregierung bei den europäischen Mächten zu Gunsten der südtiroler Deutschen verlangt wird.

Zu 7 Millionen Steuernachzahlung verurteilt. Durch Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtes in Warschau wurden die Vereinigten Königs- und Laurachütten in Königshütte zu einer Nachzahlung von sieben Millionen Pfund Steuern verurteilt. Es handelt sich um Steuern aus dem Jahre 1924, die das Unternehmen sich zu zahlen weigerte.

### Letzte Nachrichten

#### Das Steuersenkungsgesetz im Ausschuß angenommen

WZ, Berlin, 12. Juli. (Tel.) Im Steueraus- schuß des Reichstages wurde heute die von den Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum beantragte Lohn- steuersenkung angenommen, dazu eine Ent- schlieung, wonach im Herbst auch die Einkommen- steuer für die mittleren Einkommen und die Re- alsteuern gesenkt werden sollen. Die Annahme erfolgte mit den Stimmen der Antragsteller und eines Teiles der Deutschnationalen bei Stimmenthaltung der Kommunisten.

#### Botschafter v. Hoesch bei Poincaré

WZ, Paris, 12. Juli. (Tel.) Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte heute morgen eine einstündige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Poincaré. Der Botschafter gab zunächst einige Aufklärungen über die deutsche Re- gierungsbildung. Im weiteren Verlaufe des Gesprä- ches wurde in allgemeiner Weise der gegenwärtige Stand der deutsch-französischen Beziehungen in seiner Gesamtheit erörtert.

#### Die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen

WZ, Warschau, 12. Juli. (Tel.) Im Zusammenhang mit der Note der Reichsregierung über die Fortsetzung der deutsch-polnischen Handelsvertragsver- handlungen hat der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kaufsch, gestern nachmittag dem Leiter der Vertretung des polnischen Ministeriums des Äußern, Lipski, einen Besuch abgestattet. Die offiziöse „Epoca“ bezeichnet es als notwendig, daß die Verhandlungen nicht nur formell erneuert werden. Es sei deshalb erwünscht, daß vorerst alle Schwierig- keiten beseitigt würden, die im Laufe der früheren Verhand- lungsbahnen entstanden seien.

Der polnische Bevollmächtigte bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Minister v. Twardowski, erklärte, daß der Entwurf des neuen deutsch-polnischen Handelsvertrages sicherlich noch vor Jahreswende den beiden Regierungen vorgelegt werden würde. Er gibt seiner Über- zeugung Ausdruck, daß die Unterzeichnung des Vertrages für beide Staaten von bedeutendem wirtschaftlichem und politischem Interesse sein werde.

#### Massenverhaftungen in Spanien

WZ, Paris, 12. Juli. (Tel.) In Ergänzung einer Meldung der Fabra-Agentur aus Madrid wird dem Jour- nal gemeldet, daß seit einigen Tagen beständig Gerüchte im Umlauf gewesen seien über die Vorbereitung einer über ganz Spanien verbreiteten Bewegung, die den Sturz der Monarchie zum Ziele habe. Die Polizei habe bereits zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Zahl der Verhafteten belaufe sich auf etwa 100. Die Festnahmen seien vor allem durchgeführt worden in gewerkschaftlichen und kommunistischen Kreisen in den Provinzen Madrid, Barce- lona, Saragossa, Biscaya und Guipuzcoa. Nach einer Mel- dung des New York Herald aus Madrid belaufe sich die Zahl der Verhaftungen auf 500.

In einer der Presse zugestellten halbamtlichen Er- klärung wird ausgeführt, ebenso wie in den vergangenen Sommern werde gegenwärtig versucht, die Abwesenheit des Königs und des Ministerpräsidenten, die sich zur Einweihung der neuen Eisenbahnlinie nach Casablanca begeben müssen, dazu zu benutzen, um Unruhen herbeizurufen. Die Behör- den seien den an der Bewegung Beteiligten bereits auf der Spur, aber das wirksamste Mittel — so heißt es in der halb- amtlichen Erklärung —, um eine solche Verschwörung zum Scheitern zu bringen, sei die Unterstützung der Regierung durch alle loyal Gesinnten und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Verantwortlichen.

#### England und die Abfindungskonvention

WZ, London, 12. Juli. (Tel.) In Erwiderung auf eine Anfrage wegen der Nichtratifizierung der Konvention über den achtstündigen Arbeitstag durch Großbritannien erklärte Lord Cushendun; Der Wortlaut der Konvention ist in seiner gegenwärtigen Form nicht brauchbar für die britischen Ver- hältnisse, wenn er auch für die Verhältnisse in anderen Län- dern brauchbar sein mag.

#### Die französischen Sozialisten

WZ, Paris, 12. Juli. (Tel.) Der Vorstand der Sozialis- tischen Partei hat in einer gestern abend abgehaltenen Sit- zung eine Entschlieung angenommen, in der er unter Be- zugnahme auf die von Albert Thomas in Rom gehaltenen Rede und auf die Teilnahme des Kammerpräsidenten, des sozialistischen Abgeordneten Douffion, an der Flottenparade in Le Havre alle Parteimitglieder daran erinnert, daß sie, gleichviel welches Amt sie bekleiden, bei der Ausübung ihres Amtes ihre Eigenschaft als Sozialisten nicht vergessen dürften.

### \* Zur Rede des badischen Finanzministers

Anläßlich der großen politischen Aussprache im Badi- schen Landtag hat Finanzminister Dr. Schmitt eine Rede gehalten, die es verdient, innerhalb und außerhalb un- seres Landes mit aller Aufmerksamkeit gelesen zu wer- den. Hat doch der Finanzminister die Gelegenheit ben- nutzt, um einmal vor der Öffentlichkeit Fragen zu be- antworten, die je länger je mehr das Interesse des Staatsbürgers bewegten. Abgesehen von solchen Fällen, in denen ganz offenkundig Lust zu oppositioneller Kritik Triebfeder des Tuns war, ließen sich alle diese Frage- steller zweifellos von dem Gefühl ehrlicher Sorge um das finanzielle Wohl unserer Bevölkerung leiten. Mer- dings entsprach dabei nicht immer das Ausmaß der finanzrechtlichen und finanzpolitischen Kenntnisse dem Maß der Beforgtheit. Infolgedessen konnte es nicht aus- bleiben, daß auch die Äußerungen dieser Sorge Formen annahmen, die man selbst bei ruhigster Prüfung der Sachlage als übertrieben bezeichnen mußte.

So war es denn doppelt und dreifach zu begrüßen, daß Finanzminister Dr. Schmitt in großangelegter Rede auf diese Dinge zu sprechen kam und dabei alle jene Tat- sachen ins rechte Licht rückte, die allein geeignet sind, uns ein zutreffendes Urteil über die finanz- und steuer- politische Lage Badens zu erlauben. Der Finanzmini- ster ist dabei mit vollkommener Sachlichkeit vorangegan- gen.

Daß die Realsteuern in Baden an sich sehr hoch sind, bestritt er vom Standpunkt einer solchen Objektivität aus nicht im mindesten. Aber er schilderte dem Landtag auch gleichzeitig die Ursachen dieser hohen Realsteuern. Soweit diese Ursachen unabänderlicher Natur sind, läßt sich für die Zukunft kaum eine Besserung erhoffen. Jedoch gibt es unter ihnen auch einige, die sehr wohl be- seitigt oder verändert werden können.

Da ist zunächst das Thema des Finanzausgleichs. Wenn der Finanzminister bei dieser Gelegenheit auch nicht des näheren darauf eingegangen ist, so bedeuten seine ganzen Ausführungen doch von neuem eine starke Untermauerung der Forderung, daß das Reich den Vän- dern die finanzielle Selbständigkeit nicht rauben dürfe, und daß die Länder Einnahmequellen besitzen müssen, die ihnen die Erledigung der pflichtmäßigen Aufgaben er- möglichen. Man vergleiche einmal: der Fortfall der ba- dischen Einkommensteuer von früher wird durch die Reichsübernahme nicht völlig ausgeglichen, und auch sonst liegen doch ernstliche Verluste an Kapitalsteuerverwerten, Betriebsvermögenswerten und Grundvermögenswerten vor; dennoch sind die Länder mit neuen Aufgaben durch die Reichsgesetzgebung überbelastet. Dieser Zustand er- heischt irgendeine Änderung.

Nun gibt es aber noch eine andere Ursache der hohen Realsteuern, die, auch vom Standpunkt der Regierung aus gesehen, kritisch zu betrachten ist, mit dem Wunsch, sie nach Möglichkeit zu beseitigen. Und das ist die Über- nahme von ehemaligen Gemeindeaufgaben auf den Staat. Die Ausgaben des badischen Staates für die Volksschulen sind nach dieser Übernahme von 5.15 Millionen auf 37.4 Millionen Reichsmark gestiegen. Von den Reichsüberwei- sungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer behält das Land Württemberg, das stets gerne zu Vergleichen herangezogen wird, 66,66 Proz., Baden dagegen nur 60,71 Proz. Im ganzen ist in den letzten Jahren über- haupt eine Minderung des Staatsanteils festzustellen. Der Grund ist darin zu suchen, daß der heutige Vertei- lungsschlüssel veränderlich ist: je größer die Reichsüber- weisungen, desto kleiner wird der staatliche Schlüssel- anteil. Die persönlichen Schullasten sind aber auch für Baden deshalb größer, weil unser Land 100 Proz. des gesetzlich gebotenen persönlichen Schullaufwands trägt, während andere Länder nur einen Teil davon überneh- men. Auch von der Gebäudesteuer fließt dem badis- chen Land im Verhältnis zu der Summe, die den Ge- meinden zufließt, weniger zu als anderen Ländern. Der Aufwand auf dem Gebiet der Fürsorge ist ebenfalls in Baden wesentlich größer als in Württemberg.

Nach all dem kann man es begreifen, daß auch der badische Finanzminister die Frage aufwirft, ob das ba- dische System richtig sei, wonach das Land den Gemein- den große Aufgaben und große Ausgaben abgenommen habe, und daß er erklärt, diese Frage werde demnächst

### bei der Neuregelung des badischen Finanzausgleichs eingehend erörtert werden.

Was die Frage der Verwaltungsvereinfachung betrifft, so ist der badische Finanzminister der Ansicht, daß abgesehen von der Frage nach den Amtskörperschaften, Organisationsveränderungen von großem Format nicht mehr möglich oder nötig sind. Dagegen wird auch seiner Ansicht nach manches vereinfacht werden können. Was er hierüber im einzelnen mitgeteilt hat, ist außerordentlich beachtenswert.

In demselben Zusammenhang hat der Finanzminister das eiserne Gebot des Sparens gepredigt. Er hat dabei keine Partei ausgenommen und dem Landtag zugerufen, er möge in Zukunft am Etat nur noch Abstriche und keine Aufstiche machen. Ferner verlangt der Finanzminister, daß ihm dieselben Rechte seines Ministerkollegen gegenüber gegeben werden, wie dem Reichsfinanzminister und dem preussischen Finanzminister.

Die Mahnung zu sparen hat Dr. Schmitt dann aber auch an die Kreise gerichtet, die wohl vom Staat Vereinfachung verlangen, selbst aber manchmal recht wenig von dieser Tugend erkennen lassen. Er hat dabei Zustände kritisiert, die unter allen Umständen geändert werden müssen. Neun badische Handelskammern und vier badische Handwerkskammern sind bestimmt zu viel. Und ebenso sollten sich landwirtschaftliche Genossenschaften, sofern sie auf dem gleichen Boden stehen, unbedingt zusammenfassen. Auch bei so mancher Aktiengesellschaft könnte dieser oder jener Direktor- oder Aufsichtsratsposten eingespart werden. Wer Vereinfachung vom Staat verlangt, muß selbst mit gutem Beispiel vorangehen!

Schließlich hat sich der Finanzminister ausführlich mit der bekannnten Kritik des deutschvolksparteilichen Abgeordneten Dr. Mattes beschäftigt und mit dem von ihm vertretenen Wunsch nach Steuerentlastung. Sehr richtig hat Dr. Schmitt Herrn Dr. Mattes darauf aufmerksam gemacht, daß man bei dem Vergleichen mit anderen Ländern sehr vorsichtig sein müsse. Daß die Realsteuern bei uns sehr hoch sind, ist zugegeben. Ob sie im allgemeinen höher sind als in anderen Ländern, läßt sich zur Zeit jedoch von niemanden behaupten oder beweisen, da uns die notwendige amtliche Statistik dazu fehlt, und da uns die zum Vergleich nötige Gleichheit der steuerlichen Unterlagen abgeht. Ferner wird häufig genug bei solchen Vergleichen eine Reihe von Tatsachen verschwiegen. Erst wenn die Steuerbegriffe gleichartig sind, und eine amtliche Statistik vorliegt, wird man zutreffend vergleichen können. Auf dem Wege der Verständigung zwischen den Ländern und auf dem Wege über ein Reichssteuervereinheitlichungsgesetz werden die Berechnungsunterlagen geschaffen werden, die uns jetzt noch fehlen.

Mit einer Reihe von Tatsachen hat der badische Finanzminister dann den Beweis erbracht, daß die badische Verwaltung seit 1918 sparsam verfahren ist. Hier war ein Vergleich möglich, da ganz bestimmte reichsstatistische Unterlagen gegeben sind.

Die Steuerentlastung mußte der badische Finanzminister ablehnen aus dem sehr einfachen Grunde, weil der Etat ein Defizit aufweist. Man wird dieses Defizits in irgendeiner Form Herr werden müssen. Eine Steuerentlastung aber angeht, eines solchen Defizits zu verlangen, geht gewiß nicht an; und wir sind überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung dieser Auffassung beipflichten wird.

Die französische Amnestie. Die in Frankreich geplanten Begnadigungsmahnahmen sollen sich grundsätzlich nur auf die wegen politischer Vergehen verurteilten Elässer, aber nicht auf die Kommunisten erstrecken.

### Die Rettungsexpeditionen in der Arktis Malmgren gefunden?

Von russischer Seite wurde gemeldet, daß bei einem Erkundungsflug der russische Flieger Tschudnowski 80 Grad 42 Min. nördl. Br., 25 Grad 45 Min. östl. L., 20 Meilen östlich von dem Eisbrecher „Kraffin“ die Malmgren-Gruppe entdeckte, von der zwei Mann mit Fahnen winkten und der dritte in liegender Stellung verbarstete.

Es besteht Aussicht, daß die Gruppe gerettet wird. Der russische Eisbrecher hat mit Vollkraft die Fahrt in Richtung auf die von dem Flieger bezeichnete Position der Malmgren-Gruppe aufgenommen. Der Kapitän des Schiffes hofft, wenn nicht auf der letzten Fahrt die Eismassen ganz undurchdringlich werden sollten, bald die Gefährdeten zu erreichen. Der „Kraffin“ bewegt sich zur Zeit mit einer Stunden-Geschwindigkeit von 4 Seemeilen. Der Eisbrecher, der von zersplitterten Eisschollen umgeben ist, wird die Malmgren-Gruppe vermutlich am heutigen Donnerstag erreichen, wenn keine besonderen Schwierigkeiten eintreten.

Aus den Meldungen über die Auffindung einer Dreimännergruppe nordwestlich der Fohn-Inseln geht nicht hervor, ob der russische Flieger niedrig genug geflogen ist, um die Männer auf dem Eise genau erkennen zu können. Anscheinend konnten nur die Menschen als solche erkannt werden, so daß durchaus auch die Möglichkeit besteht, daß es sich um Amundsen und seine beiden Gefährten handelt, die sehr gut gerade in dieser Gegend zu einer Notlandung gezwungen gewesen sein könnten. Da weiter nach Aussage des russischen Piloten die Männer auf dem Eise mit einer norwegischen Flagge signalisiert haben, hat die Annahme, daß es sich um Amundsen handeln könnte, sehr viel für sich.

WTD. Rom, 12. Juli (Tel.). Amtlich wird die Auffindung der als Malmgreen-Gruppe angesprochenen Gruppe von drei Männern bekanntgegeben, die dem russischen Flieger Tschudnowski gelungen ist. Eine plötzlich sich ausbreitende Nebelbank verhinderte den Flugzeugführer, den Eisbrecher „Kraffin“ wieder aufzufinden. Er flog darauf in der Richtung der Küste und es gelang ihm, in der Nähe von Kap Platan zu landen, wobei allerdings der Apparat beschädigt wurde. Die fünf Personen, die an Bord waren, konnten die Küste erreichen. Sie haben eine Langwellenfunktion und Lebensmittel für 15 Tage.

## Deutscher Reichstag

DD. Berlin, 11. Juli

Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt der Einspruch des nationalsozialistischen Abgeordneten Straßer gegen seinen Ausschluss von der 6. Plenarsitzung. Der Einspruch — eine Aussprache darüber ist nach der Geschäftsordnung nicht zulässig — wird abgelehnt. Dafür stimmen nur die Nationalsozialisten und unter lauten Pfuirufen der Mehrheit die Deutschnationalen.

Es folgt

die erste Beratung eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches, das dem Rechtsausschuss zur Fortsetzung der im letzten Reichstag nicht abgeschlossenen Beratung überwiesen werden soll. Abg. Dr. Alexander (Komm.) lehnt den Entwurf ab.

Ohne weitere Aussprache wird der Entwurf dem Ausschuss für die Strafrechtspflege überwiesen. Auf Antrag der in der Regierung vertretenen Parteien und der Wirtschaftspartei soll im Gesetz über die Einstellung des Personalabbaues die Frist für die Regelung der Rechtsverhältnisse der Wartestandsbeamten

vom 31. Juli 1928 bis zum 31. Januar 1929 verlängert werden.

Abg. Gottheiner (DD.) verlangt, daß die Wartestandsbeamten ohne weiteren Verzug in ihre alten Rechte wieder eingesetzt werden.

Abg. Dr. Fried (NS.) beantragt die volle Anrechnung der Wartestandszeit auf das Pensionsdienstalter. Ministerialdirektor Dr. Lohholz bittet um Annahme des Antrages der Regierungsparteien, damit die Reichsregierung die verlängerte Frist zur Regelung der Verhältnisse benutzen könne.

Abg. Dr. Quast (DD.) erklärt, es wäre die Pflicht der Regierung gewesen, diese Materie schon längst zu regeln (Ause links: „Sehr richtig, das sagen Sie Herrn von Neudell“).

Abg. Steintopf (Soz.) tritt gleichfalls für eine endgültige Regelung ein. Dem neuen Kabinett müsse aber durch die Fristverlängerung die notwendige Zeit dazu gegeben werden. Um eine Schädigung der Beamten zu vermeiden, müsse der Regierung rüchwirkende Kraft gegeben werden.

Der Antrag der Mehrheitsparteien wird nach Ablehnung nationalsozialistischer Änderungsanträge in erster und zweiter Beratung angenommen.

Die dritte Beratung wird auf Donnerstag vertagt. Zur ersten Beratung kommt dann eine Regierungsvorlage, die

die Bienen in das Viehschutzgesetz einbezieht, aber auch eine abweichende landesrechtliche Regelung zulassen will.

Die Vorlage wird ohne weitere Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Der Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Siam wird dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Das deutsch-schwedische Abkommen zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt der Ausschussbericht über den kommunistischen Antrag zur

### Krisenunterstützung.

Der Sozialpolitische Ausschuss schlägt dazu eine Entschlieung vor, der verlangt, zur Krisenunterstützung allgemein solche Fabrikarbeiter zuzulassen, die gewohnheitsmäßig mit Berufsangehörigen der Gärtnerei, Metallbearbeitungs-, Maschinenindustrie, Lederindustrie, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Bekleidungs- und Angestelltenberufe zusammenarbeiten. Bei weiterer Verschlechterung des Arbeitsmarktes soll die Krisenunterstützung auf sämtliche Berufe ausgedehnt werden. Die Unterstützungsdauer soll allgemein auf 39 Wochen, für Arbeitnehmer über 40 Jahre bis auf 52 Wochen verlängert werden. Die auch aus der Krisenunterstützung ausgesetzten Erwerbslosen sollen bei Notstandsarbeiten bevorzugt und berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Pfeffer (DD.) beantragt die Streichung der in der Entschlieung enthaltenen Forderung auf allgemeine Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen.

Reichsarbeitsminister Wiffel verweist auf seine im Ausschuss abgegebene Erklärung. Die gegenüber dem Vorjahre verschlechterte Konjunktur spiegelte sich auch in der Arbeitslosen-Zahl wieder. Die als Voraussetzung für die Krisenunterstützung erforderliche andauernd besonders ungünstige Arbeitsmarktlage sei erfreulicherweise noch nicht in allen Berufen gegeben. Sollte es dazu kommen, so werde das Reichsarbeitsministerium gerne die Krisenunterstützung auf sämtliche Berufsgruppen ausdehnen. Der Minister erklärt sich auch mit den übrigen Forderungen der Entschlieung einverstanden. Für die älteren Erwerbslosen solle die Unterstützungsdauer auf 52 Wochen verlängert werden. Ob die allgemeine Ausdehnung auf 39 Wochen möglich ist, werde von der Regierung wohlwollend geprüft werden.

Abg. Käbel (Komm.) begründet einen weitergehenden kommunistischen Antrag.

Abg. Müller-Waldenberg (Soz.) legt zahlenmäßig die unzureichende Unterstützung der Erwerbslosen in Rußland dar. Für die Erwerbslosen gebe Rußland 40 Millionen Rubel, Deutschland 800 Millionen Reichsmark aus.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erklärt: Die Arbeitslosenversicherung sei ein Erfolg der sozialdemokratischen Politik. Die Arbeitslosen könnten nicht bis zum Herbst warten, wo frühestens das Arbeitslosenversicherungsgesetz geändert werden könne.

Abg. Stör (NS.) erklärt, die Ausschlußentschlieung sei nicht ausreichend. Aufschärfte müsse der Verschlechterungsantrag der Deutschen Volkspartei zurückgewiesen werden.

Die kommunistischen Anträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Die Entschlieung des sozialpolitischen Ausschusses wird unter Ablehnung des volksparteilichen Änderungsantrages angenommen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei auf Änderung der Verteilung des zollfreien Gefrierfleischkontingents wird dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Am 18. Juli vertagt sich das Haus auf Donnerstag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Amnestiegesetz, Steuerentlastung und kleinere Vorlagen.

Da auf die Tagesordnung ohne Widerspruch auch die dritten Lesungen dieser Vorlagen gesetzt werden, besteht die Möglichkeit, daß der Reichstag schon am Donnerstag in die Ferien geht.

Kommunalwahlen in Preußen. In Preußen finden am 2. Dezember Kommunalwahlen statt.

Die Vereinigung Walbeds mit Preußen. Im preussischen Landtag wurde am Dienstag das Gesetz über die Vereinigung Walbeds mit Preußen gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen.

Fünf Doneschurteile hingerichtet. Nach einer amtlichen Meldung aus Moskau sind am Dienstag nachmittag die fünf Doneschurteile: Bojarinow, Juschewitsch, Wudn, Gorlock und Kerschanowski hingerichtet worden. Die übrigen sechs Verurteilten wurden zu 10jährigen Gefängnisstrafen mit Einzelhaft begnadigt.

## Kurze Nachrichten

Die britische Delegation in der kommenden Völkerbundversammlung. Chamberlain gab im Unterhaus bekannt, daß außer ihm der britische Delegationsleiter in der kommenden Völkerbundversammlung angehören werden: Lord Cusshendun, Sir Cecil Hurst, Sir Hilton Young, Edith Whitley, Duff Cooper.

Ernennung Ebel zum Nachfolger von Serrus. Der französische Handelsminister Bolanowski hat, wie vorhergesagt, den stellvertret. Ministerialdirektor im Handelsministerium Ebel zum Nachfolger des Ministerialdirektors Serrus als Leiter der Abteilung für Handelsverträge im Handelsministerium ernannt. Ebel entstammt einer elsässischen Familie, die nach dem Friedensschluß von 1870 das Elsaß verlassen hat.

Bilsubski Erholungsreise aufgegeben. Marschall Bilsubski hat nun den Plan, seinen Sommerurlaub in Rumänien zu verbringen, aufgegeben. Kalbamtlich wird der Entschluß des Marschalls mit der großen Gibe, die gegenwärtig in Rumänien herrscht, erklärt. Bilsubski wird den Erholungsurlaub in seiner Villa in Sulejew bei Warschau verbringen.

Einführung neuer Schriftzeichen in der Türkei. Die mit der Reform der türkischen Schriftzeichen beauftragte Kommission hat nunmehr ihre Arbeiten beendet und den Gebrauch völlig neuer Schriftzeichen die dem lateinischen Alphabet entnommen sind, beschlossen. Mustafa Kemal Pascha verwendet die lateinischen Buchstaben bereits in seiner Privatkorrespondenz.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

DD. Karlsruhe, 11. Juli.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung berichtet Abg. Dr. Oberkircher (D. Vpl.) namens des Geschäftsbereichsausschusses über die Mandatsniederlegung des Staatspräsidenten und Innenministers Dr. Remmele. Sein Nachfolger auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei des 6. Landtagswahlkreises (Mannheim) ist Geschäftsführer Jakob Krumpfheller, Mannheim. Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Präsident Dr. Baumgartner begrüßt den neuen Abgeordneten und stellt ihn dem Hause vor.

Dann wird die politische Aussprache mit der zweiten Rednerreihe fortgesetzt.

Abg. Dr. Jühr (Ztr.) findet die Rede des Abg. Bod recht mager und inhaltlos. Dem Abg. Müder sagt er, es sei ein Unterschied, ob man im Reiche in der Verantwortung steht oder in einem Lande. Dem Programm Müller-Stresemann — so heißt eigentlich das neue Kabinett — könne das Zentrum in weitem Umfange beitreten. Auch das neue Kabinett werde, wie das Kabinett Marx, mit Wasser kochen und die Kritik vertragen müssen. Eine der Hauptfragen sei jetzt, wie in Zukunft der Ruf des Reiches sein muß, namentlich im Hinblick auf die finanzielle Seite. Nach Lage der parlamentarischen Verhältnisse im Reichstag werde man wohl bald an die Finanzfrage des ganzen Fragenkomplexes herantreten. Das Zentrum habe von jeher treu am Reichsgedanken festgehalten. Auch von seiner Seite werde ein starkes Reich gewünscht, aber unter Beibehaltung des föderalistischen Charakters. Der Abg. Dr. Mattes selbst habe gegen den Unitarismus Bedenken geäußert. Man könne aber seinem Gedankengang auf steuerlichem Gebiet nicht folgen. Eine Erparnis werde nur auf dem Wege der Verwaltungsreform zu erzielen sein. Fort mit dem Nebeneinander der Behörden, fort aber auch mit der Er- und Erklabewirtschaft und den Zwergstaaten. Die Länder müßten ihre finanzielle Selbständigkeit wieder erhalten. Unbedingt erforderlich sei eine Kompetenzbegrenzung zwischen Reich und Ländern. Ein Steuervereinheitlichungsgesetz, das nicht den Ländern genügenden Spielraum läßt, wäre für uns untragbar. Eine Vereinheitlichung sei angebracht auf dem Gebiete der höheren Lehranstalten. Gaben wir doch 37 Schultypen zu bezeichnen, in Baden allerdings nur drei. Das Zentrum wehre sich gegen jede grundsätzliche Hoheitsverminderung der Länder. Es sei nicht einzusehen, weshalb man von Reichs wegen in die staatsrechtlichen Verhältnisse Badens, Württembergs und Hohenzollerns eingreifen sollte. Wir haben eine süddeutsche Kultur und Wirtschaftsstruktur. Der zentralistische Einheitsstaat müßte zur Revellierung führen. Das wäre kein Glück für das deutsche Volk. Die Rede des Abg. Dr. Mattes, so fährt Dr. Jühr fort, bewegte sich auf der Basis des Materialismus. Sie war nur diktiert von dem Gedanken: Weniger Steuer zahlen! Mit der Oberheimregulierung, der Elektrifizierung unferer Bahnen und manchem anderen berechtigten Wunsch wären wir sicher längst weiter gekommen, wenn wir die Entscheidung im Lande selbst zu treffen hätten. Die Methode des Abg. Dr. Mattes gegen den badischen Etat, die darauf ausgehe, zu sagen: Seht, der badische Staat ist nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen, lehnen wir ab. Badens Finanzen sind in besserer Ordnung. Mit dem Abg. Dr. Mattes geht der Redner darin einig, daß bis zum nächsten Etat der Versuch eines Abbaues der Realsteuern gemacht werden muß. Er begrüßte die Annahme des Zentrumsantrags zum Finanzgesetz durch den Ausschuss, als Steuerfuß vom Grundvermögen 200 Hundertteile statt 225 zu setzen. Wünschenswert hält Dr. Jühr die einheitliche Befreiung der Landwirtschaft von der Gebäufebefreiung im ganzen Reiche. Der Redner schließt mit einer Polemik gegen die Sozialdemokraten unter Zitierung von Flugblättern dieser Partei im Wahlkampf.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) wartet ihm gegenüber mit Wahlflugblättern des Zentrums auf. Im Hause kommt es zeitweise zu großen Heiterkeitsausbrüchen. Es folgt eine heftige Auseinandersetzung des Redners mit den Deutschnationalen wegen des Wahlrechts. Scharf wendet er sich sodann gegen die Taktik der Kommunisten. Die vom Finanzminister verteidigte Politik werde die Sozialdemokratie stützen. Man wünsche nur, daß er gegen gewisse Bestrebungen von Abgeordneten, auch aus der eigenen Fraktion, härter werden möge. Zur Frage des Zulagsrechts für die Gemeinden bemerkt der Redner, die Sozialdemokratie würde sich dagegen wehren, daß Freiteile des Einkommens von Gemeinde wegen besteuert werden. Die Arbeit der Fortbewaltung finde im allgemeinen Anerkennung. Pessimismus sei angesichts der Lage des Holzmarktes wohl am Platze; denn hier begangene Fehler seien nicht wieder gutzumachen. Der Minister möge sich ins Mittel legen, damit die persönlichen Differenzen verschwinden. Auf dem Gebiete des Straßenbaues müßten die Dauerreden und getrockneten Straßen mit aller Kraft forciert werden. Wir sind für ausreichende Beschäftigung der Steinindustrie. Den wirtschaftlichen Unternehmungen des Staates, soweit sie von finanzieller und volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, gesteht der Redner zu, daß sie sich gesund und ertragreich erweisen. Auch hält er die Verwaltungsmagimen für richtig. Abg. Meier fest sich



